

Nr. 390 / 6. Juli 2026

## Ergebnisse der Alterssicherungs- und Rentenkommission

Der Bundestag hatte am 17.12.2025 eine Alterssicherungskommission (im Folgenden ASK) mit dem Ziel eingesetzt, sich mit den Herausforderungen der nachhaltigen Sicherung sowie der Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung und der betrieblichen und privaten Altersvorsorge zu befassen. Die Ergebnisse wurden am 23.6.2026 vorgestellt.

Da die Sozialpartner in die ASK nicht einbezogen waren, hat der DGB im Januar 2026 in Zusammenarbeit mit weiteren sozialpolitischen Verbänden eine eigene [Rentenkommission \(DGB-RK\)](#) eingesetzt. In vier zentralen Feldern wurden am 26.6.2026 ebenfalls Empfehlungen zu einer verlässlichen und auskömmlichen Alterssicherung vorgestellt.

Der Koalitionsausschuss hat am 1.7.2026 entschieden, die in den [Empfehlungen der ASK](#) enthaltenen 33 Empfehlungen in einem Gesetzespaket umzusetzen, das bis Ende 2026 im Deutschen Bundestag verabschiedet werden soll.

### Die Ergebnisse kurz zusammengefasst und bewertet

Die Alterssicherungskommission (ASK) bleibt auf dem Weg, eine lebensstandardsichernde Gesamtversorgung für alle zu erreichen, stecken. Statt eine gesetzliche Kapitalrente in der ersten Säule zu implementieren, wäre eine verpflichtende betriebliche Altersversorgung (bAV) der Sozialpartner sinnvoller und zielgenauer.

Einen beträchtlichen und einschneidenden Eingriff in die Lebensplanung insbesondere für Beschäftigte im letzten Drittel ihrer Erwerbstätigkeit, aber auch für junge Menschen bringen die Vorschläge zur Anhebung des Renteneintrittsalters, die Abschaffung der „Altersrente für besonders langjährig Versicherte“ nach 45 Versicherungsjahren und der Anstieg der frühestmöglichen „Altersrente für langjährig Versicherte“ von 63 auf 64 Jahre. Eine „zeitnahe Umsetzung“ bedeutet nicht nur einen Eingriff in die konkrete Lebensplanung und ist mit den Grundsätzen des Vertrauensschutzes im Rentenrecht nicht vereinbar und damit möglicherweise verfassungswidrig. Auch die Abschaffung des Blockmodells in der

Altersteilzeit als bewährtes Personalinstrument wird scharf abgelehnt.

Einige positive Aspekte werden jedoch vorgeschlagen, wie die Abschaffung der Zwangsverrentung und der Minijobs, Ideen zur berufsbezogenen Gesundheitsvorsorge, zur Reha und Erwerbsminderung, die Fortentwicklung der gesetzlichen Rentenversicherung (GRV) zu einer Erwerbstätigenversicherung unter Einbeziehung weiterer Personengruppen in die sowie eines Freibetrages für gesetzliche Renten.

„Wer 45 Jahre seinen Buckel krumm gemacht hat, muss ein Recht darauf haben, abschlagsfrei früher in Rente gehen zu können. Auch der vorzeitige Renteneintritt für langjährig Versicherte mit 35 und mehr Beitragsjahren ist wichtig. Abertausende Menschen ob in der Pflege, der Paketzustellung, der Abfallwirtschaft oder anderswo können schlicht aus gesundheitlichen Gründen nicht mehr weiterarbeiten und müssen häufig vorzeitig in Rente gehen. Die Lebensleistung dieser Menschen abzuwerten, ist nicht akzeptabel. Anstatt bei der Kapitaldeckung in der ersten Säule bei null anzufangen, wäre es besser, auf die bestehenden Systeme aufzusetzen und eine verpflichtende betriebliche Altersversorgung einzuführen.“ ver.di vermisst zudem konkrete Vorschläge der Rentenkommission zur Vermeidung und Bekämpfung von Altersarmut. „Das ist bitter und trifft besonders die Frauen“, sagte **Frank Werneke**, ver.di Vorsitzender, zu den Empfehlungen der ASK.

| Empfehlungen (E) der ASK                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | Anmerkungen und Position von ver.di/DGB-RK                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                  |                                                                                                                                                                            |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>1. Sicherungsniveau in der Alterssicherung   Nettoersatzrate   gesetzliche Kapitalrente</b><br>(E 1,2,3,4, 27, 28)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                          |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             |                                                                                                                                                                            |
| <p><b>Lebensstandardsicherung</b> als politische Zielgröße: Nettoersatzquote von mindestens 70 Prozent nach Steuern (E 1)</p> <p>Neben dem <b>Sicherungsniveau</b> (Rentenniveau) vor Steuern soll künftig regelmäßig eine <b>Nettoersatzquote</b> (Ersatzrate nach Steuern) ausgewiesen werden. Die Nettoersatzquote soll anhand typisierter Modellfälle darstellen, wie viel Prozent des letzten verfügbaren Nettoeinkommens im Erwerbsleben durch das verfügbare Nettoeinkommen im Ruhestand ersetzt wird und soll als Gesamtversorgungsniveau für alle Säulen und sozialpolitische Maßnahmen ausgewiesen werden. (E 2)</p> | <p>Die <b>Lebensstandardsicherung</b> als Zielgröße vorzugeben, ist zu begrüßen, wobei ein <b>Nettoversorgungsniveau</b> in einem Korridor von 70–90 Prozent notwendig ist. Um dieses Ziel aus GRV und bAV zu erreichen, ist eine starke und verpflichtende betriebliche Säule für alle (s. E 29, 30) zwingend erforderlich, die arbeitgeberfinanziert sein soll. Hier bleibt die ASK auf halbem Weg stecken.</p> <p>Die <b>Nettoersatzquote</b> zeigt den Stand der individuellen Altersabsicherung und die Sicherungslücke zum Lebensstandard deutlicher als das Rentenniveau und ist sinnvoll für die Abschätzung der individuellen Alterssicherung.</p> | <br> |
| <p>Monitoring der Altersvorsorge weiterentwickeln und dazu die administrative Datenbasis verbessern (E 3); Weiterentwicklung der <a href="#">Digitalen Rentenübersicht</a> als Informations- und Planungstool sowie lebensbegleitende Finanzbildungsstrategie. (E 4)</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | <p>sinnvoll</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             |                                                                                       |
| <p>Einführung einer obligatorischen kapitalgedeckten Renten-Komponente im Rahmen der GRV (<b>gesetzliche Kapitalrente</b>). Einrichtung individueller Kapitalkonten. <b>Paritätisch finanzierter zusätzlicher Beitragssatz von zwei Prozent</b>. Zentrale Verwaltung der Beiträge nach schwedischem Vorbild; Anlage auf dem Kapitalmarkt. Die Kapitalrente soll dazu beitragen, dass längerfristig das Rentenniveau in der ersten Säule wieder spürbar ansteigt. (E28) Mehr Kapitaldeckung in der Alterssicherung. Bei der Umsetzung Orientierung an den besonders erfolgreichen Vorbildern in anderen Ländern. (E 27)</p>     | <p>Kapitalgedeckte Instrumente zum Zwecke der besseren Absicherung im Alter zu stärken, ist grundsätzlich sinnvoll, wäre aber in der bAV im Rahmen einer obligatorischen Absicherung in Sozialpartnerschaft zielgenauer und systemgerechter.</p> <p>Außerdem ist anhand des Wortlauts (s. S. 62 der Empfehlungen) zu befürchten, dass die Kapitalrente keine Absicherung bei Erwerbsminderung erbringt und Hinterbliebene nicht automatisch absichert.</p>                                                                                                                                                                                                  |                                                                                       |
| <b>2. Renteneintrittsalter   Übergang in die Rente   ATZ   Zwangsverrentung   Zu- Abschläge</b><br>(E 5, 6, 7, 8, 9, 13, 20)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             |                                                                                                                                                                            |
| <p><b>Anhebung des Renteneintrittsalters und Kopplung der Regelaltersgrenze nach 2031 an die Lebenserwartung</b> im Verhältnis 2:1 (Erwerbs- und Rentenphase). Dies würde aktuell eine Anhebung zwischen 2031 und 2041 schrittweise um etwa sechs Monate von 67 auf 67,5 Jahre bedeuten. Eine regelmäßige Überprüfung soll erfolgen. (E 5)</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                 | <p>Das Renteneintrittsalter darf nicht angehoben werden.</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |                                                                                       |
| <p>Die <b>abschlagsfreie „Altersrente für besonders langjährig Versicherte“</b> nach 45 Versicherungsjahren („Rente ab 63“) abschaffen. (E 6)</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | <p>Wer 45 Jahre gearbeitet hat, muss ohne Abschläge in Rente gehen können. Diese Rentenart muss bestehen bleiben. Ohne ausreichenden Vertrauensschutz möglicherweise verfassungswidrig.</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                 |                                                                                       |

| Empfehlungen (E) der ASK                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | Anmerkungen und Position von ver.di/DGB-RK                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |                                                                                                                                                                               |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Die Altersgrenze für die „ <b>Altersrente für langjährig Versicherte</b> “ soll <b>zeitnah von 63 auf 64 Jahre</b> erhöht werden. Danach Anhebung parallel zur Entwicklung der Regelaltersgrenze; Frühestmögliche Inanspruchnahme 3 Jahre (statt bisher 4 Jahre vorher). (E 8)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                              | Das ist ein beträchtlicher Eingriff und bedeutet bei zeitnaher Umsetzung einen Eingriff in die Lebensplanung der Menschen. Ohne ausreichenden Vertrauensschutz möglicherweise verfassungswidrig.                                                                                                                                                                                                                                                                      |                                                                                            |
| Kein Renteneintritt allein nach Beitragsjahren. (E 7)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | ok                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    |                                                                                            |
| Beginn von <b>Altersteilzeit</b> (ATZ) von derzeit 55 Jahren auf 58 Jahre anzuheben und künftig an die Regelaltersgrenze koppeln. Abschaffung der <b>ATZ im Blockmodell</b> . (E 13)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        | ATZ ist ein bewährtes Personalinstrument, das mit dem Entfallen des Blockmodells gegenstandslos werden könnte. Eingriff in viele tarifvertragliche Regelungen.                                                                                                                                                                                                                                                                                                        |                                                                                            |
| <b>Zwangsverrentung</b> für langzeitarbeitslose Menschen dauerhaft abschaffen. (E 20)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       | sehr zu begrüßen                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |                                                                                            |
| <b>Abschläge bzw. Zuschläge</b> weiterhin nach versicherungsmathematischen Grundsätzen berechnen und regelmäßig aktualisieren. Sie sollen für die Versichertengemeinschaft neutral bleiben. Aktuell sieht die ASK keinen Änderungsbedarf. (E 9)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | Heute: 0,3 % pro Monat bei Abschlägen, 0,5 % bei Zuschlägen. Dies muss beibehalten werden.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            |                                                                                            |
| <b>3. Hinterbliebenenrenten (Witwen-/Witwerrenten)</b> (E 11)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |                                                                                                                                                                               |
| Prüfung von Reformoptionen, welche die <b>Hinterbliebenenversorgung</b> an die geänderten gesellschaftlichen Normen und Rahmenbedingungen anpassen.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | Befürchtung, dass damit das verpflichtende Rentensplitting gemeint ist, siehe dazu <a href="#">sopoaktuell Nr. 387</a> und damit eine Verschlechterung insbesondere für Frauen.                                                                                                                                                                                                                                                                                       | <br> |
| <b>4. Renten Anpassung</b> (E 14, 15)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                       |                                                                                                                                                                               |
| Beibehaltung der <b>Kopplung der Rentenentwicklung an die Lohnentwicklung</b> . Den <b>Nachhaltigkeitsfaktor</b> in der aktuellen Renten Anpassungsformel (§ 68 Abs. 5 SGB VI), der bis 2031 ausgesetzt war, wieder anwenden; <b>Parameter „alpha“ im Nachhaltigkeitsfaktor von 0,25 auf 0,33 erhöhen</b> . Die konkrete formeltechnische Implementation dieser Dämpfungsfaktoren soll so erfolgen, dass das Rentenniveau (inkl. gesetzlicher Kapitalrente) unter Berücksichtigung des gesamten vorgeschlagenen Reformpakets <b>weder für den Rentenbestand noch für die künftigen Rentenzugänge geringer als nach dem geltenden Recht</b> ausfällt. (E 14) | Die demografische Alterung wird mit der Erhöhung des Parameters „alpha“ verstärkt auf die Rentner*innen verteilt. Das führt zu gedämpften Renten Anpassungen und damit zu einer Entkopplung der Renten Anpassung von der Lohnentwicklung. Ob durch die Reformmaßnahmen (Anstieg des gesetzlichen und faktischen Renteneintrittsalters und der Einbeziehung weiterer Personengruppen) das Rentenniveau auf heutigem Stand gehalten werden kann, ist mehr als fraglich. |                                                                                          |
| Einführung eines <b>Übergangsfaktors</b> bei der Rentenberechnung für den Übergangszeitraum bei denjenigen, die Beiträge für die <b>gesetzliche Kapitalrente</b> einzahlen (siehe oben 1.). Ein <b>Niveauezuschlag für Renten neuzugänge</b> soll gewährleisten, dass das Rentenniveau (inkl. Gesetzlicher Kapitalrente) künftig mindestens so hoch wie heute ausfällt. Der Übergangsfaktor wird sukzessive abgeschmolzen, wenn die gesetzliche Kapitalrente das Rentenniveau erhöht. Die Kosten des Übergangsfaktor sollen aus Steuermitteln finanziert werden. (E 15)                                                                                     | Dieser steuerfinanzierte Niveauezuschlag gilt nur für Renten neuzugänge ab Einführung der Kapitalrente.                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                               |                                                                                          |

| Empfehlungen (E) der ASK | Anmerkungen und Position von ver.di/DGB-RK |  |
|--------------------------|--------------------------------------------|--|
|--------------------------|--------------------------------------------|--|

| 5. Berufsbezogene Gesundheitsvorsorge I Reha I Erwerbsminderung (E 10, 12)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |                                                                             |                                                                                       |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------|
| <p>Das 2026 eingeführte Fallmanagement der Träger der gesetzlichen Rentenversicherung und die freiwillige, individuelle, berufsbezogene Gesundheitsvorsorge für Versicherte ab Vollendung des 45. Lebensjahres soll wissenschaftlich eng begleitet und ggf. weiterentwickelt werden. Prüfung, ob ein <b>zusätzlicher Check</b> zu einem späteren Alter (z.B. Ü 63) angeboten werden soll.</p> <p><b>Erprobungszeitraum für Wiedereingliederung</b> von derzeit sechs Monaten auf ein Jahr zu verlängern.</p> <p>Rentennahe Jahrgänge, die nach einer individuellen Gesundheitsprüfung nachweislich nicht mehr in ihrem letzten langjährig ausgeübten Berufsfeld erwerbstätig sein können, sollen einen <b>vereinfachten Zugang zu einer Rente</b> erhalten (sog. <b>Schutzrente für langjährige Beitragszahler*innen</b>). Keine Verpflichtung zu beruflichen Neu- und Anpassungsqualifizierungen.</p> <p><b>Überarbeitung des Begriffs der Erwerbsminderung</b> (insbesondere die Vermittlungschancen von Personen mit einem Restleistungsvermögen von weniger als 3 Std. pro Tag) berücksichtigen. (E 10)</p> | <p>sinnvolle Vorschläge</p>                                                 |    |
| <p>Gezielte <b>Stärkung der Rehabilitation</b> durch passende Maßnahmen, um Gesundheit, Teilhabe und die langfristige Stabilität der sozialen Sicherungssysteme zu sichern. <b>Reha-Budget</b> in der GRV, das sich an den tatsächlichen Versorgungsbedarfen orientiert. (E 12)</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                             | <p>Stärkung der Reha ist sinnvoll; Reha-Deckel soll abgeschafft werden.</p> |  |

| 6. Erwerbstätigenversicherung I Einbeziehung weiterer Personengruppen in die GRV (E 21, 22, 23, 24, 25)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                |                                                           |                                                                                       |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><b>Erwerbstätigenversicherung</b>, in die neben abhängig Beschäftigten auch Selbständige, Beamt*innen, Abgeordnete und Vorstände von Aktiengesellschaften einbezogen sind, als Idealbild der Alterssicherung. (E 21)</p> <p>Versicherungspflicht in der GRV für alle nicht obligatorisch abgesicherten <b>Selbständigen</b>, die ihre Tätigkeit ab einem Stichtag neu aufnehmen (ohne Opt-out), für alle Personen, die bereits jetzt eine selbständige Beschäftigung ausüben mit (voraussetzungsloser) Opt-out-Möglichkeit. (E 22)</p> <p><b>Abgeordnete</b> des Deutschen Bundestages und der Landesparlamente (E 24) und <b>Vorstände von Aktiengesellschaften</b> (E 25) in den Kreis der Pflichtversicherten in die GRV einzubeziehen.</p> <p><b>Wirkungsgleiche Übertragung der Reformen in der GRV auf die Beamtenversorgung</b>; Deutliche Reduzierung der Verbeamtungen. Verpflichtung von Bund und Länder, ausreichende Rücklagen zu schaffen, um die Entscheidung der Verbeamtung finanzneutral im Hinblick auf die Alterssicherungsaufwendungen zu gestalten. (E 23)</p> | <p>entspricht weitgehend der Beschlusslage von ver.di</p> |  |

| Empfehlungen (E) der ASK                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | Anmerkungen und Position von ver.di/DGB-RK                                                                                                                                                                                                                                                              |                                                                                                                                                                                |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>7. Minijobs I Beitragsbemessung I Nicht beitragsgedeckte Leistungen (E 16, 17, 26, 33)</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    |                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |                                                                                                                                                                                |
| <b>Minijobs und Midijobs abschaffen;</b> Ausnahmen nur noch für Schüler*innen. (E 26)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | Umsetzung einer Forderung von ver.di                                                                                                                                                                                                                                                                    | <br>     |
| Beibehaltung des Grundsatzes eines einheitlichen <b>Beitragsatzes</b> auf Löhne und Gehälter und die bisherige Berechnung der <b>Beitragsbemessungsgrenze</b> ; andere Einkunftsarten werden nicht berücksichtigt. (E 16)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                        | ok                                                                                                                                                                                                                                                                                                      |                                                                                             |
| Nachvollziehbare Systematisierung und transparente Darstellung von Leistungen der GRV, für die keine Beiträge entrichtet wurden (= <b>nicht beitragsgedeckte Leistungen</b> ). Klare Abgrenzung der Leistungen, die eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe erfüllen und perspektivisch vollständig über Bundesmittel zu erstatten und nicht von der Versichertengemeinschaft der GRV zu tragen sind. Bezeichnung als „ <b>Bundesanteil</b> “ statt als „ <b>Bundeszuschüsse</b> “. (E 17)                                                                                                                                          | grundsätzlich zu begrüßen, darf aber nicht dazu führen, dass Leistungen der GRV reduziert werden, wenn sie den nicht beitragsgedeckten Leistungen zugeordnet werden, insbesondere dann, wenn Ziel der Abgrenzung ist, bei den heutigen Bundeszuschüssen zu sparen.                                      |                                                                                             |
| Organisatorische <b>Weiterentwicklung der DRV</b> , dass sie ihre Aufgaben künftig effizienter, schneller und bei gesicherter Flächenpräsenz zugleich bürger näher erfüllen kann. (E 33)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         | Organisationsreform, die auf einen zentralen Umbau von Leitungs- und Leistungsaufgaben hin zur DRV Bund zielt. Es besteht die große Gefahr eines Abbaus der Selbstverwaltung und des Beschäftigtenabbaus in den Regionalträgern.                                                                        |                                                                                             |
| <b>8. Armut I neuer Freibetrag (E 18, 19)</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    |                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |                                                                                                                                                                                |
| Bund, Länder und Kommunen sollen <b>verdeckte Armut</b> bekämpfen. Ziel: Zugang zum verfassungsrechtlich garantierten Existenzminimum zu sichern. Die Kommission unterstützt die Vorschläge der Kommission zur Sozialstaatsreform, das Sozialleistungsrecht einfacher und übersichtlicher zu gestalten und die persönliche Beratung vor Ort und über digitale Zugangswege auszubauen. (E 18)                                                                                                                                                                                                                                     | Das Ziel ist zu befürworten, aber: wie verdeckte Armut bekämpft werden soll, ist noch unklar, vor allem die Finanzierung. Der <b>Grundrentenzuschlag</b> muss ohne Einkommensanrechnung von Partnereinkommen gewährt werden.                                                                            | <br> |
| <b>Anrechnungsregeln in der „Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung“</b> so gestalten, dass Personen, die Sozialversicherungsbeiträge eingezahlt haben, im Alter mehr verfügbares Einkommen haben als Personen, die keine oder geringe Beiträge geleistet haben. Für Personen, die nicht grundrentenzuschlagsberechtigt sind, einen <b>Freibetrag für gesetzliche Renten</b> einführen. (E 19)                                                                                                                                                                                                                         | wird befürwortet.<br><br>Der neue Freibetrag muss ein eigenständiger, zusätzlicher und unabhängig von bereits bestehenden Freibeträgen sein.                                                                                                                                                            | <br> |
| <b>9. Betriebliche Altersversorgung (bAV) (E 29, 30)</b>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |                                                                                                                                                                                |
| In einem <b>Sozialpartnerdialog</b> sollen 2026 konkrete Maßnahmen erarbeitet werden, die die Verbreitung der bAV insbesondere in bisher unterversorgten Bereichen deutlich erhöht und von beiden Sozialpartnern mitgetragen werden. Überführung der Maßnahmen in ein Gesetzgebungsverfahren.<br><br><b>Ziel: annähernd flächendeckende Verbreitung der bAV, um ein lebensstandardsicherndes Gesamtversorgungsniveau der Altersversorgung</b> für alle Beschäftigten zu erreichen.<br><br>Vorgeschlagen werden:<br>• Erleichterter Zugang zu Sozialpartnermodellen, Öffnung für alle ArbN und ArbG<br>• Erleichterte AVE von TV, | Die Forderungen der Gewerkschaften, eine verpflichtende/obligatorische bAV zu schaffen, wird so auf Eis gelegt und auf die lange Bank geschoben. Um das Ziel einer lebensstandardsichernden Gesamtversorgung für alle aus GRV und bAV zu erreichen, wäre eine verpflichtende bAV zwingend erforderlich. | <br> |

| Empfehlungen (E) der ASK                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                            | Anmerkungen und Position von ver.di/DGB-RK |  |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------|--|
| <ul style="list-style-type: none"> <li>• leichter zugängliche Entgeltumwandlung mit Opt-out,</li> <li>• Private Altersvorsorgedepots für Zahlungen der ArbG öffnen. (E 29)</li> </ul> <p><b>Verbesserungen in den Bereichen</b> Bürokratieabbau, Portabilität, Rechtssicherheit, Kostenverteilung und Geringverdienerförderung, um die Attraktivität der betrieblichen Altersversorgung zu erhöhen und den Verbreitungsgrad zu steigern. (E 30)</p> |                                            |  |

| 10. Private Altersvorsorge (pAV) (E 31, 32)                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                         |                                                                                                                                                                                                                                                                                                   |                                                                                                                                                                            |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <p><b>Verzahnung der Frühstart-Rente</b> mit der gesetzlichen Kapitalrente. (E 31)</p> <p>Laufendes <b>Monitoring</b> der Wirkung der bereits beschlossenen Reformen in der privaten, steuerlich geförderten Altersvorsorge, insbesondere im Hinblick auf die Entwicklung der Verbreitung, die angebotenen und gewählten Verträge, ihre Kosten und Renditechancen sowie die Auswirkungen der staatlichen Förderung auf den Bundeshaushalt und ihre Verteilungswirkungen. (E 32)</p> | <p>Die pAV hat sich von der sozialstaatlichen Alterssicherung verabschiedet, da sie keine verpflichtende lebenslange Rente, keine Absicherung der Erwerbsminderung und keine Hinterbliebenenabsicherung durch lebenslange Renten vorsieht. Gefördert werden künftig verstärkt Gutverdienende.</p> | <br> |

In der **Alterssicherungskommission (ASK)** arbeiten:

- Frank-Jürgen Weise, ehemaliger Vorsitzender der Bundesagentur für Arbeit und Constanze Janda, Professorin für Sozialrecht und Verwaltungswissenschaft (Vorsitzende).
- Drei Stellvertreter\*innen aus den Reihen des Deutschen Bundestages: Annika Klose (SPD), Pascal Reddig (CDU) und Florian Dorn (CSU).
- Acht wissenschaftliche Mitglieder, die von den Regierungs-Fraktionen vorgeschlagen wurden: Prof. Dr. Peter Bofinger, Prof. Dr. Tabea Bucher-Koenen, Prof. Dr. Georg Cremer, Prof. Dr. Camille Logeay, Dr. Monika Queisser, Prof. Jörg Rocholl, Prof. Dr. Silke Übelmesser, Prof. Dr. Martin Werding.
- Die Deutsche Rentenversicherung hatte einen dauerhaften Sitz als Sachverständige ohne Stimmrecht.

| Maßnahmen aus anderen Rechtsgebieten, die sich im Gesetzgebungsverfahren befinden und die sich auf die Alterssicherung auswirken |                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                     |                                                                                                                                                                                |
|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| <b>GKV-Beitragssatzstabilisierungsgesetz</b>                                                                                     | <p>Mit dem Wegfall der Hinzuverdienstgrenzen zum 1.1.2023 ist es rechtlich möglich, neben dem Bezug einer vorzeitigen Altersrente das Arbeitsverhältnis bis zu dessen vereinbartem Ende fortzusetzen („<a href="#">Rente und Arbeiten zur gleichen Zeit</a>“). Wird die Altersrente als Vollrente in Anspruch genommen, endet bei fortgesetzter Beschäftigung der Anspruch auf Krankengeld. Um dies zu verhindern, besteht bisher die Möglichkeit, die Altersrente als Teilrente (zu 99,99 %) in Anspruch zu nehmen. § 50 SGB V n.F. sieht nun vor, dass der Krankengeldanspruch nur dann besteht, wenn die Teilrente höchstens zwei Drittel der Vollrente beträgt. Das ist eine Verschlechterung für Personen, die ihren Übergang in die Rente nach dem Flexirentengesetz gestalten, den vollen Beitragssatz zur GKV aus dem Arbeitsentgelt leisten und denen dann der Krankengeldanspruch verloren geht. Es handelt sich nicht um einen „Doppelbezug von Entgeltsersatzleistungen“, sondern um den Entzug einer Leistung, für die Beiträge entrichtet werden.</p> |                                                                                           |
| <b>Pflegeneuordnungsgesetz (PNOG)</b>                                                                                            | <p>Das PNOG sieht ab 1.1.2027 eine Reduzierung der Rentenpunkte für Pflege auf 70 Prozent der bisherigen Werte vor (§ 166 Abs. 2 SGB VI). Damit erwerben Pflegenden geringere Rentenpunkte als nach bisherigem Recht. Dies betrifft insbesondere Frauen, die die überwiegende Care- und Sorgearbeit leisten.</p>                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                                    | <br> |